

Weniger Klimawandel durch weniger Menschen? Feministische Kritik am neomalthusianischen Revival

Daniela Gottschlich und Susanne Schultz

1 Prolog

Ursprünglich hatte ich, Daniela Gottschlich, die Idee, für die Festschrift von Sabine Hofmeister einen Beitrag zur inter- und transdisziplinären Ausrichtung von universitärer Lehre zu schreiben. Mehrfach war ich als Referentin zu Gast in Lehrveranstaltungen von Sabine Hofmeister, insbesondere in denen zur Sozialen Ökologie, und hatte dort von meinen Erfahrungen aus der transdisziplinären Forschungspraxis berichtet. Durch Sabine Hofmeister bin ich bestärkt worden, externe Expertise in meine eigene Lehre eben nicht nur in Form von Texten, sondern auch durch den Besuch von Kolleg*innen aufzunehmen. Schließlich sind Universitäten Orte des Dialogs. Und wie könnten Studierende besser lernen, die bestehenden Konzepte und Bedingungen zu hinterfragen, einüben, auch ihre eigenen Annahmen zu überdenken, kritische Zugänge und Ansätze kennenzulernen, wenn nicht im Dialog mit jenen Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen, deren Texte sie gelesen haben bzw. von deren Projekten sie im unmittelbaren Austausch hören, vom Gelingen und Scheitern und was sich insbesondere aus letzterem lernen lässt.

Doch diesen Beitrag habe ich (noch) nicht und auch nicht für die Festschrift geschrieben: Denn mich erreichte parallel eine Anfrage von Lukas Nicolaisen von der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)¹, ob ich mir vorstellen könnte, einen Beitrag zur Kritik an Bevölkerungspolitik und an dem wiedererstarkenden Neomalthusianismus aus feministischer Perspektive zu schreiben. Ich habe nicht nur sofort zugesagt, sondern fand, dass dieses wichtige Thema ein noch passender Beitrag für die Festschrift von Sabine Hofmeister wäre. Zum Hintergrund: FARN untersucht sowohl die historischen und aktuellen Verknüpfungen von Natur- und Umweltschutz mit extrem rechten und völkischen Strömungen als auch demokratiefeindliche und menschenverachtende Ideologien und Denkmodelle im

1 Wer mehr über die beeindruckende Arbeit von FARN erfahren möchte, wird auf der Homepage fündig: <https://www.naturfreunde.de/farn> [Zugriff: 21.01.2019].

Mainstream des Natur- und Umweltschutzes. Eben diese Ideologien und Denkmödelle identifiziert FARN als Anknüpfungspunkte für extrem rechte Akteure und Gruppierungen – es sind gewissermaßen Türöffner, wie mir Lukas Nicolaisen schrieb. Deshalb ist es FARN wichtig, Akteure im Natur- und Umweltschutz auch auf rassistische, sexistische, ableistische (behindertenfeindliche) Konzepte aufmerksam zu machen.

Als ich in den 1990er Jahren anfing, mich mit Gender und Nachhaltigkeit zu beschäftigen und von Sabine Hofmeister mitherausgegebene Bücher las (z.B. Buchen et al. 1994; Weller et al. 1999), wurde mir nicht nur klar, dass sozial-ökologische Probleme nicht geschlechtsneutral sind und wie notwendig feministische Perspektiven für ihre Überwindung sind. Sondern es hat mich – aus feministischer und internationalistischer Bewegung kommend – zudem zu tiefst empört, dass die Idee, Bevölkerungswachstum sei eine Bedrohung für Nachhaltigkeit, undifferenziert von verschiedenen Akteuren im Diskurs um nachhaltige Entwicklung zu vernehmen war und entsprechend Bevölkerungsreduktion (allerdings nie für Länder des Globalen Nordens) und Bevölkerungskontrollpolitik gefordert wurden. Es gab kein Bewusstsein im Mainstream des Nachhaltigkeitsdiskurses (und gibt es bis heute immer noch viel zu wenig), dass es sich hierbei um rassistische und sexistische Konzepte handelt – obwohl bereits zu diesem Zeitpunkt von feministischen Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen stapelweise Literatur dazu veröffentlicht worden war. Das erste Kapitel meiner Magistraarbeit, das ich fertig stellte, war ein Exkurs zu „Nachhaltigkeit und Bevölkerungspolitik“ aus feministischer Perspektive (Gottschlich 1999: 100-115). Seitdem hat mich das Thema in meiner Arbeit als *activist scholar* begleitet. Damit ging es mir wie Susanne Schultz, die seit Jahren intensiv zum Thema Demographisierung des Politischen, zu Bevölkerungstheorie und -politik aus kritischer Perspektive forscht. Nachdem wir im Rahmen des Themenheftes „Anders wirtschaften statt demographischer Demagogie“ der AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung 2006 bereits zusammengearbeitet haben, hat es mir sehr viel Vergnügen gemacht, den nachfolgenden Artikel gemeinsam mit ihr zu verfassen². Und so kommt es, dass in der Festschrift für Sabine Hofmeister Susanne Schultz als Mitautorin erscheint, obwohl die beiden bisher nicht zusammengearbeitet haben. Gleichwohl verbindet die beiden nicht nur ihr Lebensort Berlin, sondern auch die feministische Perspektive auf gesellschaftliche Naturverhältnisse und die Kritik an Herrschaftsverhältnissen.

2 Wir danken FARN für die Erlaubnis, den Text in geringfügig modifizierter Form nachzudrucken.

2 Bevölkerungspolitik und ihre herrschaftsförmigen Implikationen

Wer davon spricht, dass die Erde „überbevölkert“ sei, sagt damit zugleich, dass es zu viele Menschen gebe. Doch welche Menschen sind zu viel? Wer bestimmt die Kriterien dafür? Und welche Maßnahmen folgen aus einer solchen These? „Die Mär von der Überbevölkerung“ ist noch lange nicht Geschichte³. Im Gegenteil: Die Forderung nach Bevölkerungskontrolle lässt sich wieder verstärkt von Akteuren aus dem Umweltbereich hören. Sie argumentieren, dass Bevölkerungswachstum verantwortlich für den Klimawandel sei.

Bevölkerungspolitik ist der geplante, methodische Eingriff in das so genannte generative Verhalten. Sie hat die quantitative und qualitative Steuerung von Bevölkerung(sgruppen) zum Ziel. Antinatalistische Bevölkerungspolitik (also eine Politik, die Geburtenraten senken soll) ist vielfältig. Ihre Geschichte ist voller Beispiele repressiver Politik (vgl. z.B. Winkler 1993; Wichterich 1995; Hartmann 1995; Connelly 2008; Murphy 2017). Bekannt wurden z.B. systematische Zwangssterilisationen in Indien in den 1970er Jahren. Es gab und gibt aber vielfältige weitere Beispiele von Zwangssterilisationen an Schwarzen, Indigenen, behinderten, gefangenen oder HIV-positiven Menschen (vgl. Davis 1982; Lindsay 1988: 109f.; Wilton 2013; CRR 2014; Law 2014). Noch Ende der 1990er Jahre wurden bei einem Sterilisationsprogramm in Peru etwa 300.000 Menschen, mehrheitlich arme und indigene Frauen, sterilisiert. Dies geschah oftmals ohne ihr Wissen. Den Frauen wurde u.a. gedroht, keine Lebensmittelhilfe mehr zu bekommen, sollten sie sich verweigern. Angestellte des Gesundheitssystems mussten eine bestimmte Anzahl an Sterilisationen pro Monat erfüllen, um keine Kündigung zu riskieren (vgl. Schultz 2006: 11f.; The Quipu Project 2018). Solche Quoten sind typisch für repressive Bevölkerungsprogramme, ebenso wie so genannte Anreizsysteme: In Indien bekommen Frauen in manchen Regionen noch heute Geld- oder Sachprämien, wenn sie sich sterilisieren lassen. Wo Armut und sozialer Druck ausgenutzt werden, kommen solche Prämien einer Erpressung gleich. Immer wieder kommt es in Indien zudem bei Massenabfertigungen in Sterilisationscamps zu Todesfällen: So starben 2014 mindestens 13 Frauen im Bundesstaat Chhattisgarh; vermutlich waren die Schmerzmittel mit Rattengift verunreinigt (vgl. Wilson 2015; Dietrich 2017).

3 Zur Mär der Überbevölkerung und deren Geschichte siehe Passeick (2018) unter <https://www.nf-farn.de/maer-ueberbevoelkerung> [Zugriff: 21.01.2019].

3 Feministische Proteste und der Backlash zu isolierten Verhütungsprogrammen

Feministische Kritiker*innen dieser Politik organisierten sich international seit den 1970er Jahren, um auf die sexistischen, rassistischen und eugenischen Implikationen hinzuweisen, gegen die Instrumentalisierung vor allem des weiblichen Körpers zu protestieren und Menschenrechtsverletzungen anzuklagen. Auf der UN-Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 erreichten sie, dass das Konzept der reproduktiven Rechte beschlossen wurde. Es stützt sich auf das Grundrecht aller Individuen, frei und ohne Diskriminierung oder Zwang über Anzahl und Zeitpunkt von Geburten zu entscheiden. Zudem wurde in Kairo das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und auf Zugang zu Verhütungsmitteln verbrieft. Dies ist angesichts konservativ-fundamentalistischer Positionen, die das Konzept wieder abschwächen wollen (etwa 2002 bei der Rio+20-Konferenz), nicht selbstverständlich. Das Aktionsprogramm der UN-Konferenz thematisiert allerdings als individuelles Rechtskonzept nicht die wichtige Frage der Verteilung gesundheitspolitischer Investitionen. Derzeit beobachten wir einen Backlash in Richtung isolierter Verhütungsmittelprogramme. Auch dagegen hatten Feministinnen protestiert und in Kairo das Konzept einer breiteren reproduktiven Gesundheitsversorgung erstritten. Dennoch werden seit 2012 von der internationalen Family Planning 2020-Initiative wieder reine Verhütungsmittelprogramme *promoted*. In der Initiative arbeiten Regierungen mit der finanziert starken Gates Foundation sowie Pharmakonzernen wie Merck und Bayer zusammen. Im Zentrum stehen langfristige Verhütungsmethoden wie Hormonimplantate und Hormonspritzen, die von den Nutzerinnen kaum kontrollierbar sind und trotz belastender bis riskanter Nebenwirkungen als „effizient“ gelten (vgl. Bendix & Schultz 2015). Das erklärte Ziel solcher Programme, eine freie Wahl aus einem vielfältigen Verhütungsmittel-Angebot zu ermöglichen, scheitert oft an realen Engpässen in den ländlichen Regionen. Zudem reduzieren solche, auf Verhütungstechnologien fixierte Programme Fragen der Sexualität und des Kinderbekommens auf die Logik von Angebot und Nachfrage. Sie blenden damit kulturelle, soziale, ökonomische Bedingungen ebenso aus wie herrschende Vorstellungen von Geschlechterbeziehungen (vgl. Hummel 1995 sowie 1998: 207; Wichterich 1995: 101f.).

4 Die neomalthusianische Perspektive: Bevölkerungswachstum als Ursache für Klimawandel?

Doch was hat es mit der Vorstellung auf sich, all dies sei nötig, um dem Klimawandel entgegenzutreten? Angesichts der drohenden Erderwärmung wer-

den heute wieder vermehrt sogenannte neomalthusianische Argumente reproduziert. Spätestens seit dem Buch „Die Bevölkerungsbombe“ von Paul Ehrlich (1968) und dem Bericht des Club of Rome (Meadows et al. 1972) über die „Grenzen des Wachstums“ gilt das Wachstum der Weltbevölkerung als entscheidender ökologischer Krisenfaktor. Die Zusammenbruchs-Szenarien nähren sich von der These, dass die Bevölkerung ohne Bevölkerungskontrolle zu schnell oder gar exponentiell wachse, und damit die Grenze der „Tragfähigkeit der Erde“ überschreite. Dies hatte schon der britische Theologe und Nationalökonom Thomas R. Malthus Ende des 18. Jahrhunderts behauptet, damals in Bezug auf die Grenzen der Nahrungsmittelproduktion.

Feministinnen warnen vor der Rückkehr solcher deswegen „neomalthusianisch“ genannter Argumentationsmuster⁴ (vgl. Hartmann & Barajas-Román 2009; Hendrixson & Hartmann 2018). Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 schauten sich Betsy Hartmann und Elizabeth Barajas-Román (2009) an, auf welche Studien hier zurückgegriffen wird: Zwei Forscher der Oregon State University untersuchten etwa das „Kohlenstoffvermächtnis“. Damit machen sie jede einzelne Frau individuell und langfristig für die Emissionen nicht nur ihrer Kinder, sondern auch Enkel und Urenkel (!) verantwortlich. Hartmann und Barajas-Román kritisieren, dass hier jede Vorstellung davon fehlt, dass Menschen positive Veränderungen herbeiführen können und dass die nächste Generation den Übergang von fossilen Brennstoffen vollziehen könnte. Als zweites Beispiel nennen sie Berechnungen eines Londoner Doktoranden, der von der NGO „Optimum Population Trust“ finanziert wurde: Mit einer stark vereinfachten Kosten-Nutzen-Analyse wollte er zeigen, dass es billiger sei, CO₂-Emissionen durch Investitionen in die Familienplanung zu reduzieren als durch alternative Technologien.

Neomalthusianische Denkmuster finden sich auch in deutschen Publikationen zu Nachhaltigkeit, Ökologie 2.0, Ecological Economics oder Postwachstum (vgl. kritisch dazu Gottschlich 2006). 2014 reaktivierte der Philosoph Bernward Gesang (2014) im Buch „Kann Demokratie Nachhaltigkeit“, an dem auch das Wuppertal Institut und das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung beteiligt sind, gar das alte rassistische Bild von Menschenmengen als Krebswucherungen: „Die Treibhausgasemissionen, der Flächen- und Ressourcenverbrauch, [...] die Weltbevölkerung, die Industrieproduktion, all dies wächst ungebremst, und unkontrolliertes Wachstum ist ein Merkmal von Krebszellen“ (Gesang 2014: 13). Unter dem Titel „Ein Tabu brechen. Das schnelle Bevölkerungswachstum ist einer der großen Antriebe für den Klimawandel“ feuerte jüngst auch die FAZ diese Debatte an (vgl. FAZ.net vom 14.9.2018). Autor Joachim Müller-Jung bezieht sich auf eine Studie, die John

4 Dass diese Argumente auch in der deutschen Entwicklungspolitik angekommen sind, macht das Strategiepapier des BMZ deutlich, das 2013 Bevölkerungsdynamik zum Querschnittsthema erklärte und diffus von einem „Wechselspiel zwischen Bevölkerungsdynamik, Umwelt und Klimawandel“ spricht, den es zu adressieren gelte (BMZ 2013: 3).

Bongaarts, ein Urgestein der US-amerikanischen Bevölkerungslobby, mitverfasste. Darin erklären die Autoren – wen wundert's – Familienplanung zu einer der „kosteneffektivsten“ Klimaschutzmaßnahmen. Besonders krass ist Müller-Jungs positiver Bezug auf die Bevölkerungspolitik in Bangladesch Anfang der 1980er Jahre, die er als „eines der ambitioniertesten freiwilligen Familienplanungsprogramme“ beschreibt. Tatsächlich wurden damals während einer Flutkatastrophe Nahrungsmittel nur bei Einwilligung zur Sterilisation verteilt. Kritische Studien besagen, dass sich 80 Prozent der Frauen in den betroffenen Gebieten sterilisieren ließen. Ein Grund: Die Prämie für die Sterilisation (die damals umgerechnet zwischen fünf und acht Euro lag) sicherte für ein paar Wochen das Überleben der gesamten Familie (vgl. Wichterich 1988: 102; Schlebusch 1994: 132f.; Murphy 2017).

Dass politisch Konservative und Rechte die Zahl der Menschen für weltweite Umweltzerstörung verantwortlich machen, ist nichts Neues. Alarmierend ist hingegen, dass derzeit auch im posthumanistischen ökologischen Feminismusdiskurs neomalthusianische Kurzschlüsse kursieren. So proklamierte Donna Haraway (2015) jüngst „*Make kin, not babies*“ und gab trotz ihrer Distanzierung von repressiver Bevölkerungskontrolle eine weltweite Bevölkerungszahl von zwei bis drei Milliarden als Ziel an. (Derzeit registriert die UNO 7,6 Milliarden Erdenbürger*innen).

5 Solidarische Lebensweise statt technokratische Steuerungsfantasien

Solche Zahlenspiele sind angesichts des weltweiten Machtgewinns autoritärer Regierungen nicht unschuldig, sondern gefährlich und verlagern die Aufmerksamkeit weg von notwendigen Veränderungen von Produktionsweise, Ressourcenverteilung und „imperialer Lebensweise“ (Brand & Wissen 2017). Die vereinfachende Argumentation: „Weniger Menschen – weniger Konsum – weniger Umweltzerstörung!“ und die sich anschließende Forderung nach Bevölkerungskontrolle sind aus vielen Gründen zurückzuweisen:

- *Unzulässige Reduktion komplexer globaler Herausforderungen:* Eine vielschichtige Ursachenanalyse des Klimawandels und die Suche nach gesellschaftlichen Lösungen wird ersetzt durch einen unterstellten simplen Kausalzusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Klimawandel. Zudem wird die Wachstumsrate der Bevölkerung als isolierte Naturkonstante betrachtet, losgelöst von den komplexen gesellschaftlichen Bedingungen des Kinderbekommens.

- *Instrumentalistisches Naturverständnis und technozentristische Lösungsansätze:* Der Geist, der sich hinter der Forderung nach Bevölkerungskontrolle verbirgt, ist von autoritären oder technokratischen Machbarkeitsvorstellungen geprägt, ähnlich wie die Idee eines ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft durch technische ‚Effizienzrevolution‘. Dahinter steht die Annahme, Natur und Menschen seien gleichermaßen ökonomisch quantifizierbar und bewertbar. Politisch zielen diese Ideen darauf ab, die Menge der Menschen im Globalen Süden mit dem Verbrauch fossiler Energien in den Industrieländern zu verrechnen.
- *Kontinuität kolonialer Auf- und Abwertungen von Bevölkerungen:* Solche Verrechnungsvorschläge bestärken eine Kontinuität rassistischer und klasselektiver Auf- und Abwertungen, wie sie die Geschichte von Bevölkerungspolitik seit jeher prägen: Während im Globalen Süden die Existenz der Menschen selbst zur Verhandlungsmasse wird, sind es im Globalen Norden Konsumstandards oder Pro-Kopf-Emissionen. Absurderweise geraten damit gerade diejenigen in den Fokus von Klimaschutz und Bevölkerungspolitik, die am meisten vom Ressourcenverbrauch ausgeschlossen sind und am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben.

Literatur

- Bendix, Daniel/Schultz, Susanne (2015): Bevölkerungspolitik reloaded. Zwischen BMZ und Bayer. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt 35, 140, S. 447-468.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. München: oekom.
- Buchen, Judith/Buchholz, Kathrin/Hoffmann, Esther/Hofmeister, Sabine/Kutzner, Ralf/Olbrich, Rüdiger/van Rüth, Petra (Hrsg.) (1994): Das Umweltproblem ist nicht geschlechtsneutral. Feministische Perspektiven. Bielefeld: Kleine.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2013): Bevölkerungsdynamik in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, BMZ-Strategiepapier 10. https://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier334_10_2013.pdf [Zugriff: 24.11.2018].
- Center for Reproductive Rights (CRR) (2014): Forced Sterilization in Chile. 30.9.2014 <http://www.reproductiverights.org/feature/forced-sterilization-in-chile> [Zugriff: 24.11.2018].
- Connelly, Mathey (2008): Fatal Misconception: The Struggle to Control World Population. Cambridge: Harvard University Press.
- Davis, Angela (1982): Rassismus und Sexismus. Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA. Berlin: Elefanten Press.
- Diettrich, Silke (2017): Sterilisation in Indien. Gegen die demografische Zeitbombe. https://www.deutschlandfunkkultur.de/sterilisation-in-indien-gegen-die-demografische-zeitbombe.979.de.html?dram:article_id=380585 [Zugriff: 24.11.2018].

- Ehrlich, Paul (1968): *The Population Bomb*. New York: Ballantine.
- Gesang, Bernward (2014): Einleitung. In: Gesang, Bernward (Hrsg.): *Kann Demokratie Nachhaltigkeit?* Wiesbaden: Springer VS, S. 13-15.
- Gottschlich, Daniela (1999): Nachhaltigkeit und Gender. Frauenpolitische Anforderungen an den Prozeß Lokale Agenda 21 – dargestellt am Beispiel Osnabrück, unveröffentlichte Magistraarbeit im Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück.
- Gottschlich, Daniela (2006): Machtpolitik im grünen Kleid der Nachhaltigkeit. Feministische Kritik an ökologisch begründeter Bevölkerungspolitik. http://formue.de/wp-content/uploads/2015/05/Demographischer_Wandel_AG-Frauen.pdf [Zugriff: 24.11.2018].
- Haraway, Donna (2015): Anthropocene, Capitalocene, Plantationocene, Chthulucene: Making Kin. In: *Environmental Humanities* 6, S. 159-165.
- Hartmann, Betsy (1995): *Reproductive Rights and Wrongs. The Global Politics of Population Control*. Boston: South End Press.
- Hartmann, Betsy/Barajas-Roman, Elizabeth (2009): The Population Bomb is Back – with a Global Warming Twist. In: *Women in Action* 2, S. 70-78.
- Hendrixson, Anne/Hartmann, Betsy (2018): Threats and burdens: Challenging scarcity-driven narratives of „overpopulation“. In: *Geoforum*. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2018.08.009> [Zugriff: 24.11.2018].
- Hummel, Diana (1995): „Natur“ und „Fruchtbarkeit“. Globale Bevölkerungsentwicklung und ökologische Krise. In: Schultz, Irmgard/Weller, Ines (Hrsg.): *Gender & Environment. Ökologie und die Gestaltungsmacht der Frauen*. Frankfurt a. M.: IKO, S. 76-89.
- Hummel, Diana (1998): Feministische Debatten über Bevölkerungspolitik und reproduktive Rechte. In: Klingebiel, Ruth/Randeria, Shalini (Hrsg.): *Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen*. Bonn: Dietz, S. 186-213.
- Law, Victoria (2014): It's 2014. Why do we still need laws banning coercive sterilization? In: Truthout. <http://www.truthout.org/news/item/27121-it-s-2014-why-do-we-still-need-laws-banning-coerced-sterilization> [Zugriff: 24.11.2018].
- Lindsay, Jennie (1988): Südafrikanische Auslesepolitik in Namibia. In: Wichterich, Christa (Hrsg.): Zum Beispiel Bevölkerungspolitik. Bornheim-Merten: Lamuv, S. 107-110.
- Meadows, Donella/Meadows, Dennis/Randers, Jørgen/Behrens, William W. (1972): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*. Stuttgart: Rowohlt.
- Müller-Jung, Joachim (2018): Ein Tabu brechen. Das schnelle Bevölkerungswachstum ist einer der großen Antriebe für den Klimawandel. In: FAZ.net, 15.9.2018.
- Murphy, Michelle (2017): *The economization of Life*. Durham: Duke University Press.
- Passeick, Yannick (2018): Die Mär von der Überbevölkerung. <https://www.nf-farn.de/maeer-ueberbevoelkerung> [Zugriff: 24.11.2018].
- Schlebusch, Cornelia (1994): Bevölkerungspolitik als Entwicklungsstrategie. Historisches und Aktuelles zu einem fragwürdigen Argument. Frankfurt a. M.: IKO.
- Schultz, Susanne (2006): Hegemonie, Gouvernementalität, Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- The Quipu Project (2018): Website des Quipu Projektes, das die Sterilisationspolitik in Peru mit einem interaktiven Recherche von 2013 bis 2018 aufarbeitete. <https://interactive quipu-project.com/#/en/quipu/intro> [Zugriff: 24.11.2018].
- Weller, Ines/Hoffmann, Ines/Hofmeister, Sabine (Hrsg.) (1999): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven – Alte Blockaden. Bielefeld: Kleine.
- Wichterich, Christa (1988) (Hrsg.): Zum Beispiel Bevölkerungspolitik. Bornheim-Merten: Lamuv.
- Wichterich, Christa (1995): Frauen der Welt. Vom Fortschritt der Ungleichheit. Göttingen: Lamuv.
- Wilson, Kalpana (2015): The “New” Global Population Control Policies: Fuelling India’s Sterilization Atrocities. In: DifferenTakes 87. <https://sites.hampshire.edu/popdev/the-new-global-population-control-policies-fuelling-indias-sterilization-atrocities/> [Zugriff: 24.11.2018].
- Wilton, Katelin (2013): “Double stigma”: Forced sterilization of women living with HIV in Kenya and Namibia. In: DifferenTakes 80. <https://sites.hampshire.edu/popdev/double-stigma-forced-sterilization-of-women-living-with-hiv-in-kenya-and-namibia/> [Zugriff: 24.11.2018].
- Winkler, Ute (1993): Blick in den Süden. Die andere Seite der Reproduktionstechnologien. In: Fleischer, Eva & Winkler, Ute (Hrsg.): Die kontrollierte Fruchtbarkeit. Neue Beiträge gegen die Reproduktionsmedizin. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 135-156.